NR. 7 26.06.2012

belarus-analysen

http://www.laender-analysen.de/belarus/

HOCHSCHULEN

■ ANALYSE
Transnationale Hochschulentwicklung als Chance:
Östliche Partnerschaft, Bologna und Belarus 2
Von Felix Ackermann, Vilnius

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Hochschulen und Forschung & Entwicklung 5

■ CHRONIK
Vom 22. April bis 26. Juni 2012 10

Die nächste Nummer der Belarus-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, dem 25. September 2012. Die Redaktion wünscht ihren Lesern eine erholsame Sommerzeit.

IBB Internationales Bildungs- und Begegnungswerk
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Belarus-Analysen werden unterstützt von: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

ANALYSE

Transnationale Hochschulentwicklung als Chance: Östliche Partnerschaft, Bologna und Belarus

Von Felix Ackermann, Vilnius

Zusammenfassung

Der folgende Beitrag greift die Forderung nach einem stärkeren deutschen Engagement zugunsten einer neuen Qualität der Kooperation mit belarussischen Akteuren jenseits der Dichotomie von Zivilgesellschaft und Staat auf und skizziert ein Programm zur Förderung europäischer Hochschulentwicklung. Dieses könnte von der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius aus gemeinsam mit Partnern in Belarus, Litauen, Polen und Deutschland neue Methoden transnationaler Lehre und Forschung weiterentwickeln und vermitteln. Eine stärker vernetzte belarussische Bildungslandschaft wird dabei als konstituierender Teil einer stärker autonom handelnden Zivilgesellschaft verstanden, von der in Zukunft wichtige Impulse für Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Kultur in Belarus ausgehen.

Bildung als Ausweg aus der Isolation? Die Europäische Nachbarschaftspolitik und Belarus

Belarus ist heute das einzige größere Land Europas das nicht am Bologna-Prozess teilnimmt. Der graue Fleck auf der Bologna-Karte ist Sinnbild für beides: Die durch das autoritäre Regime gewollte Isolation der belarussischen Bildungslandschaft und das Scheitern der Östlichen Partnerschaft (ÖP). Dabei hatte Belarus als Land schon bei seiner Aufnahme 2009 eine Sonderrolle: Es wurde in die Östliche Partnerschaft aufgenommen, obwohl es schon damals die gestellten Bedingungen nicht erfüllte. Gleichzeitig wurde Belarus kein Assoziierungsabkommen mit der EU in Aussicht gestellt. Aljaksandr Lukaschenka nutzte die strategische Schwäche der EU aus und führte seine Politik des geopolitischen Ausspielens von Russland und EU bis zur brutalen Niederschlagung der Demonstrationen im Dezember 2010 fort.

Die westlichen Bemühungen im Rahmen der ÖP einen Kommunikationskanal mit seinem Regime offenzuhalten galten bereits zuvor als gescheitert. Die Führung in Minsk sagte dann nach einem Sommer der Repressionen im September 2011 die Teilnahme am Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Warschau ab. Damit machte sie deutlich, dass sie trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht an einer engeren Zusammenarbeit zu den Bedingungen der EU interessiert ist, da mehr Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft Aljaksandr Lukaschenkas Machtbasis bedrohen würden. Auch die anhaltende Wirtschafts- und Währungskrise führte nicht zu einer Annäherung zwischen EU und Belarus. Stattdessen wurde 2012 die Kooperation mit Russland und Kasachstan in Form des neuen eurasischen Wirtschaftsraums gestärkt. Russisches Kapital sorgte für eine kurzfristige Stabilisierung der ökonomischen Situation in Minsk sowie für eine fortschreitende Privatisierung belarussischer Betriebe durch russische Investoren.

Damit bestätigt sich die im Januar 2012 vorgelegte Analyse einer Expertengruppe deutscher Politiker: Die ÖP war bisher weitgehend ineffektiv und Belarus nimmt in der Gruppe der Zielländer weiterhin eine besondere Position ein. Die Schlussfolgerungen decken sich weitgehend mit den Vorschlägen von Anais Marin, die Ende 2011 die offensive Eröffnung eines dritten Pfades zwischen der Exklusion des Regimes und der Inklusion der Zivilgesellschaft forderte (s. Lesetipps). Beide Positionen gehen davon aus, dass eine Demokratisierung eher durch die Praxis der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen belarussischen Akteuren erreicht wird, als durch das ausschließliche Knüpfen von Bedingungen an eine Kooperation mit der staatlichen Führung in Minsk. Dennoch sollten grundlegende Prinzipien wie Bürgerbeteiligung und Transparenz in den Prozess eingebracht werden. Dieser werde dann erfolgreich sein, wenn gemeinsame Interessen in den Bereichen Produktion, Infrastruktur und Handel definiert und mit konkreten Projekten verwirklicht werden.

Denkt man nun die Herausforderungen einer erneuerten ÖP und den Bologna-Prozess zusammen, so zeigt sich die Möglichkeit, gerade im Bildungswesen einen Teil der bestehenden und künftigen belarussischen Elite in Kommunikations- und Kooperationsprozesse auf den Ebenen unterhalb der Staatsführung einzubeziehen. So wie die belarussische Wirtschaft mittelfristig auf Modernisierungsimpulse von außen angewiesen ist, kann auch die belarussische Wissenschaft auf Dauer nur durch eine stärkere Vernetzung Anschluss an globale Entwicklungen behalten. Derzeit verstärken sowohl der Ausschluss aus dem Bologna-Prozess als auch die Krise der Östlichen Partnerschaft die Isolation weiter Teile der belarussischen Wissenschaftslandschaft.

Die belarussische Bildungslandschaft zwischen Repression und Reform, Isolation und Kooperation

In der Republik Belarus existieren heute nur noch vereinzelte Rückzugsräume akademischer Freiheit. Die Universitäten sind direkt dem Bildungsministerium in Minsk untergeordnet. Die formell bestehende akademische Selbstverwaltung wird ebenso imitiert und missachtet wie das Recht auf freie Wahlen zum Parlament oder des Präsidenten auf Republikebene. Der Mangel an akademischer Freiheit geht aber nicht nur auf die Bürokratie eines autoritären Staatswesens zurück. Die flächendeckende Einführung einer von Aljaksandr Lukaschenkas Staatsideologen konzipierten Mischung aus sowjetischen, populistischen und postsozialistischen Elementen führte einerseits zum Erstarken derjenigen Wissenschaftler, die das Regime aktiv tragen. Andererseits sind heute viele Akteure in der belarussischen Wissenschaftslandschaft soweit von der gängigen Praxis enttäuscht, dass sie potenzielle Akteure von Veränderung sind.

Besonders groß ist die Unzufriedenheit in den Geisteswissenschaften. Ganze Generationen von Akademikern können sich nicht promovieren oder habilitieren, weil die entsprechenden Kontrollgremien entweder aktiv Themen jenseits des staatlichen Kanons verhindern oder Angst vor Abweichungen haben. Immer wieder werden Wissenschaftler Opfer politischer Repressionen, weil sie entweder bestimmte Themen aufgegriffen haben oder sich außerhalb der Hochschule politisch für die Opposition engagiert haben.

Gleichzeitig hat auch in Belarus die Vermarktlichung der Wissenschaft eingesetzt. Nur noch ein Teil der Studienplätze wird vom Staat voll finanziert. Nach der bereits erfolgten Verkürzung der Schulzeit von zwölf auf elf Jahre, werden zurzeit im gesamten Land Maßnahmen zur Einsparung von Lehrkräften und Forschungsstellen umgesetzt: Die bereits für Herbst 2012 geplante Verkürzung des fünfjährigen Diplomstudiengangs auf vier Jahre lässt sich als formelle Entwicklung in Richtung des Bologna-Bachelors deuten. Sie ermöglicht aber auch große Einsparungen bei Lehraufträgen. Die Akademie der Wissenschaften in Minsk arbeitet derzeit am größten Umbau seit Jahrzehnten – besonders betroffen von den geplanten Kürzungen sind die Geisteswissenschaften. Da weiterhin fast alle Arbeitsplätze an den Hochschulen direkt vom Staat kontrolliert werden, tragen die meisten Wissenschaftler die Veränderungen ohne Protest.

Die Konsequenz ist eine weitreichende Isolation der belarussischen Bildungslandschaft. Sie ist die Folge einer innerbelarussischen Dynamik aus Kontrolle, Angst und Verboten, die nur selten offengelegt werden. So funktioniert in den einzelnen Institutionen ein wohl austariertes System der Selbstzensur von unten und der Bevormundung von oben. Dabei sind die Grenzen zwischen oben und unten in Bezug auf soziale Absicherung, Einkommen und Anerkennung fließend und nicht besonders ausgeprägt.

Statt in der Mitte Europas Impulse aufzunehmen, zu verarbeiten und weiterzugeben oder eigene zu entwickeln, befindet sich die Wissensproduktion in Belarus heute an der äußersten Peripherie west- und ostmitteleuropäischer Diskurse. Zwar ist die Vernetzung mit Akteuren in Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion größer. Aber auch in Bezug auf Moskau liegt Minsk an der Peripherie.

Die EHU in Vilnius als Labor und Vermittler partizipativer Wissensbildung

Nach ihrer Schließung durch das Minsker Bildungsministerium wurde die Europäische Humanistische Universität 2005 in Vilnius als litauische Privathochschule akkreditiert. Im litauischen Exil studieren heute 600 junge Belarussen Kultur-, Medien oder Rechtswissenschaften. 1200 weitere absolvieren von Minsk, Homel, Wizebsk und anderen belarussischen Städten aus ein Fernstudium mit kurzen Präsenzphasen in Vilnius. Da weit über die Hälfte der Studierenden und Absolventen fest in Belarus verankert ist und mehr als 80 % der Dozenten dauerhaft in Belarus lebt, ist die EHU trotz ihres Exilstatus weiterhin als fester Teil der belarussischen Bildungslandschaft zu betrachten.

Schon nach ihrer Gründung im Jahr 1992 war die Hochschule in Minsk ein Labor für neue Formen der Lehre und Forschung. Gemeinsam mit Partnern in Belarus, Polen, Frankreich, Deutschland, Norwegen und Amerika wurden neue Studienprogramme auf den Weg gebracht und ein alternatives geisteswissenschaftliches Curriculum entwickelt, dessen Schwerpunkt auf den philosophischen Grundlagen europäischer Werte liegt.

Dabei arbeitete die EHU noch 2002 gemeinsam mit dem Minsker Bildungsministerium und der Belarussischen Staatlichen Hochschule an einem Pilotprojekt zur Überführung einzelner Studiengänge zum Bologna-Modell. Die Entscheidung des Bildungsministeriums, diesen Versuch abzubrechen und weiterhin ausschließlich fünfjährige Diplomstudiengänge anzubieten, ging zeitlich einher mit vermehrten administrativen Schikanen gegen die EHU, die 2004 zur Schließung der Hochschule führten.

Da die meisten Studiengänge der EHU zu diesem Zeitpunkt an die Bologna-Vorgaben angepasst waren, konnte die Hochschule 2005 ihre Arbeit als litauische Privathochschule mit geringen Anpassungen fortsetzen. Heute stellt sie die einzige funktionierende Alternative zu belarussischen Hochschulen in der Region dar, die ein Bologna-kompatibles Studium in belarussischer, russi-

scher und englischer Sprache anbietet. Trotz des großen Anteils von belarussischen Lehrkräften und Studierenden ist die EHU bereits heute ein internationales Projekt: Durch die tägliche Forschungsarbeit in mehreren Sprachen sowie die intensive Zusammenarbeit von Lehrkräften aus über 12 Ländern in diversen Präsenz- und Fernstudiengängen ist die EHU weiterhin ein Labor – nun mit einem Schwerpunkt auf europäische Hochschulentwicklung in einem regionalen, transkulturellen Rahmen. Gleichzeitig ist die EHU durch die Mehrzahl der in Belarus lebenden Lehrkräfte und die vielen berufsbegleitenden Fernstudenten stark in die belarussische Gesellschaft eingebunden. Genau in dieser Scharnierwirkung besteht schon heute die Stärke der Hochschule im Exil.

Die Finanzierung der EHU wird derzeit zu etwa einem Viertel aus Gebühren und zu drei Vierteln durch die Europäische Kommission, mehrere europäische Regierungen sowie eine Vielzahl amerikanischer Förderer gesichert. Der Deutsche Akademische Austauschdienst förderte die EHU in Minsk und seit 2011 auch in Vilnius durch eine Langzeitdozentur, die am Zentrum für Deutschlandstudien angesiedelt ist. Das Zentrum entwickelt derzeit ein Zertifikat für Deutschland- und Europastudien. Das zusätzliche Qualifikationsangebot wird von Gastdozenten in deutscher Sprache angeboten und richtet sich an belarussische und litauische Studierende in Vilnius. Darüber hinaus unterstützt das Zentrum belarussische Forscher bei der Suche nach Partnern und Förderern. Es richtet öffentliche Diskussionen, Buchpräsentationen sowie Ausstellungen aus.

Ausgehend von bestehenden Ideen und Initiativen könnte an der EHU dank einer verstärkten Unterstützung seitens der Bundesrepublik Deutschland ein Forum für europäische Hochschulentwicklung entstehen. Dieses nimmt methodische und inhaltliche Impulse aus Belarus sowie der gesamten Region auf und vermittelt neu gewonnene transnationale Wissensbildungsstrategien. Dafür ist Vilnius vorübergehend ein idealer Standort, wobei das Forum perspektivisch in Minsk tätig werden sollte, sobald die EHU dorthin zurückkehrt.

Konsequenzen für die deutsche Politik: Europäische Bildung ermöglichen, erforschen und weiterentwickeln

1. Dank der bestehenden Präsenz des Deutschen Akademischen Austauschdiensts sowie durch Programme des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, der Gerda Henkel Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Alexander von Humboldt Stiftung, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie weiterer deutscher Akteure gibt es schon heute Angebote, die einzelnen, exzellenten Studierenden und Forschern aus Belarus Kooperationen und Gastaufenthalte in Deutschland ermöglichen.

Um ein deutliches Signal an die in der belarussischen Hochschulbildung tätigen Akteure zu senden, könnte Deutschland die für Belarus bestehenden Förderangebote ausbauen und stärker als bisher mit den Aktivitäten der europäischen Nachbarn wie Polen koordinieren. Ziel eines verstärkten Engagements wäre trotz der politischen Situation, weiter Netzwerke für zukünftige Kooperationen zu knüpfen und einen wissenschaftlichen Austausch auf mittlerer und unterer Ebene mit möglichst vielen Akteuren fortzuführen und auszubauen.

2. Die Europäische Humanistische Universität erfüllt als belarussische Exiluniversität eine Vermittlerrolle zwischen der EU und Belarus. In Vilnius könnte mit deutscher Unterstützung ein Forum für Europäische Hochschulentwicklung entstehen. Das Forum sondiert das in Ostmitteleuropa akquirierte Wissen über den Bologna-Prozess kritisch und bündelt es zu Methoden für den Einsatz in der Praxis, die einen wichtigen Impuls für die Entwicklung in Belarus geben.

Die Kooperation der EHU mit weiteren Universitäten in Litauen, Lettland, Polen, Deutschland und perspektivisch auch in Belarus würde interinstitutionell verankerte Forschungsprojekte zur Europäisierung der Bildung auf den Weg bringen. Die daraus resultierende Entwicklung und Vermittlung neuer Methoden transnationaler Hochschuldidaktik würde Impulse in die Region senden und Belarus in einem breiter angelegten Prozess berücksichtigen.

3. Mittelfristiges Ziel muss sein, dass Belarus dem Bologna-Prozess beitritt. Er bietet eine Vielzahl von erprobten Instrumenten, um die bestehende Isolation von Belarus im Bezug auf die Vernetzung und Weiterentwicklung der Wissenschaften zu verringern und belarussische Kollegen stärker in transnationale Projekte einzubinden. Ein Versuch, die Östliche Partnerschaft mit neuem Leben jenseits der Dichotomie von Zivilgesellschaft und Politik zu erfüllten, sollte dieses Ziel auf die Agenda setzen und Bildung als essenzielle Voraussetzung der Stärkung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit berücksichtigen.

Voraussetzung für die Aufnahme von Belarus in den Bologna-Prozess sollte die Wiederherstellung Akademischer Freiheit als Grundvoraussetzung wissenschaftlicher Arbeit sein.

Dazu ist ein Ende der Repressionen gegen Wissenschaftler und Studierende notwendig, die von der offiziellen belarussischen Staatsideologie abweichende Positionen vertreten. Um diese Freiheit zu gewährleisten, müsste die Eigenverantwortlichkeit belarussischer Universitäten gestärkt werden.

Informationen zum Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Anm.: Der Beitrag geht auf die Ergebnisse eines Workshops am Zentrum für Deutschlandstudien der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius am 29. März 2012 sowie einen Vortrag am 4. Mai 2012 in der Berliner Repräsentanz der Bertelsmann-Stiftung zurück. Die darin geäußerten Ansichten sind allein Meinung des Autors.

Über den Autor:
Dr. Felix Ackermann lehrt seit November 2011 als Langzeitdozent des Deutschen Akademischen Austauschdiensts an der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius.

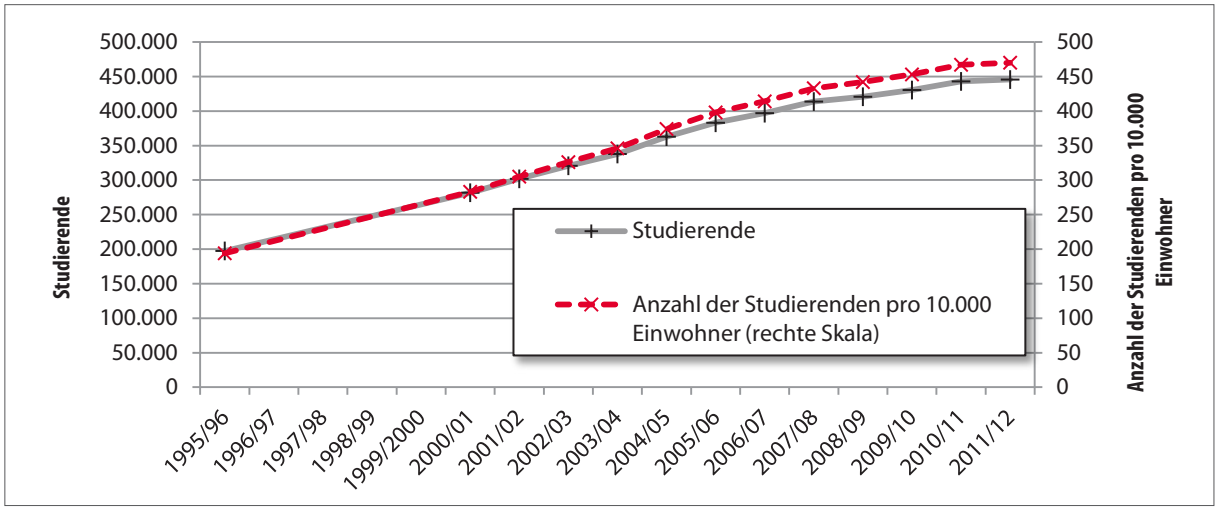
Lesetipps:

- Markus Meckel u. a.: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft. Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft, in: DGAPstandpunkt No 1 / 2012, S. 1–4.
- Anais Marin: Saving what can be: what the Eastern Partnership could (still) bring to Belarus, in: Eastern Partnership Review No. 3 / 2011, S. 4–16.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Hochschulen und Forschung & Entwicklung

Grafik 1: Entwicklung der Anzahl der Studierenden in Belarus 1995–2012



Quelle: Staatliches Statistikamt, http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/uroven.php

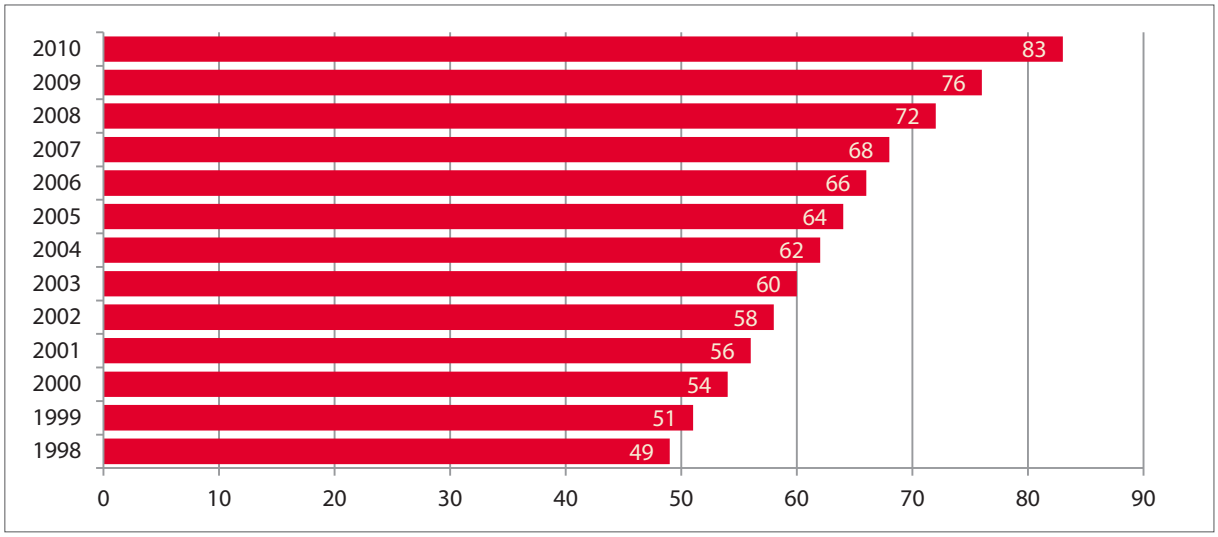
Tabelle 1: Hochschulen und Studierende

	1995/96	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
Hochschuleinrichtungen	59	57	58	58	59	55	55	55	53	53	53	55	55*
Studierende	197.400	281.700	301.800	320.700	337.800	362.900	383.000	396.900	413.700	420.700	430.400	442.900	445.600
Anzahl der Studierenden pro 10.000 Einwohner (rechte Skala)	194	283	305	326	346	374	398	414	433	442	453	467	470

**davon 45 staatliche und 10 private*

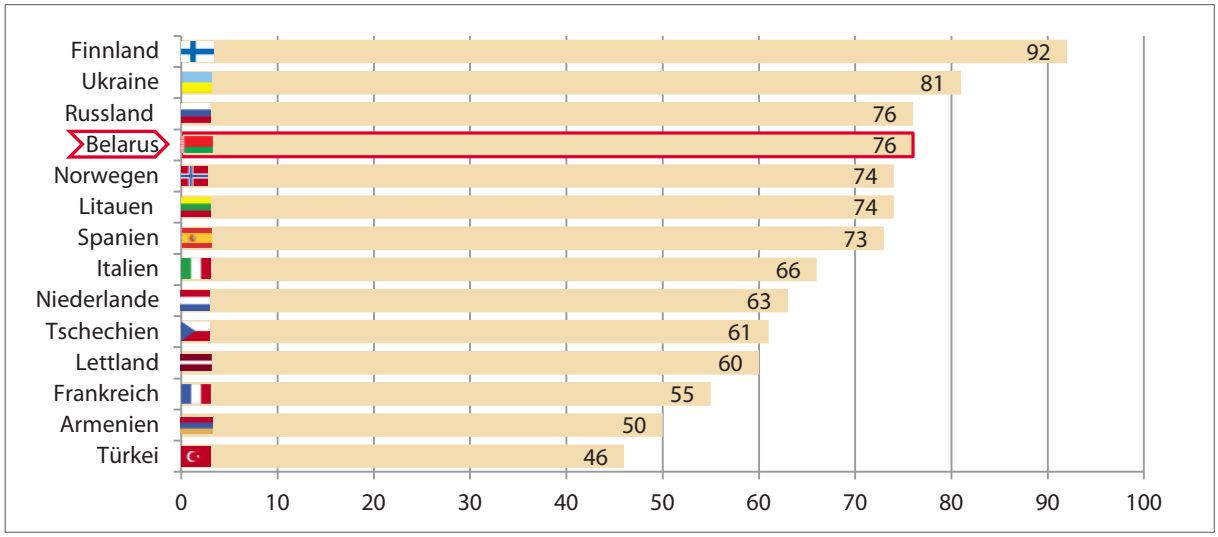
Quelle: Staatliches Statistikamt, http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/uroven.php

Grafik 2: Immatrikulationsrate (gross enrolment ratio, Prozentsatz der im fraglichen Alter Immmatrikulierten), 1998–2010



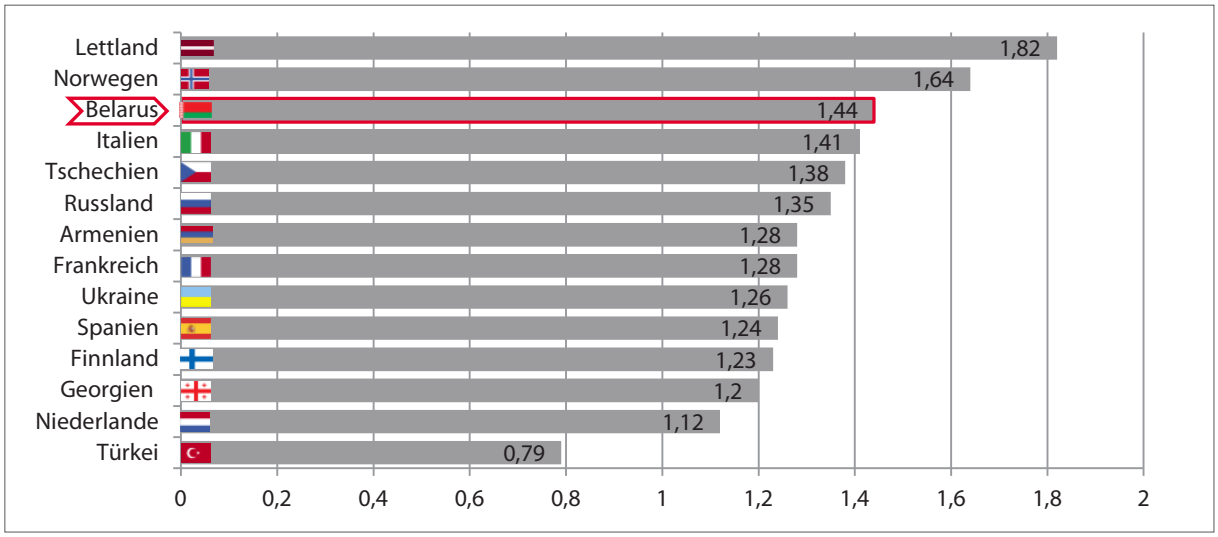
Quelle: Unesco Institute für Statistics, http://stats.uis.unesco.org/unesco/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=167

Grafik 3: Immatrikulationsrate (gross enrolment ratio, Prozentsatz der im fraglichen Alter Immmatrikulierten), im internationalen Vergleich, 2009



Quelle: Unesco Institute für Statistics, http://stats.uis.unesco.org/unesco/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=167

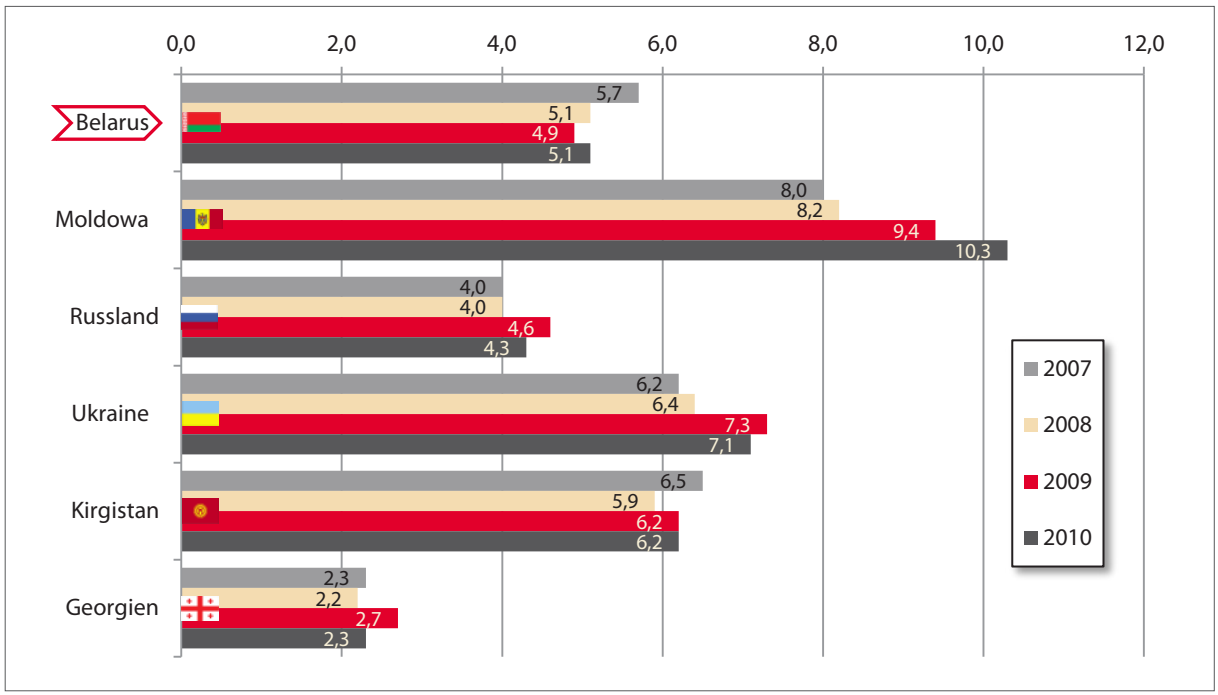
Grafik 4: Geschechterverhätnis unter Studierenden (2009)



Anzahl der weiblichen Studenten pro 100 männliche Studenten, so entfallen z. B. in Belarus auf 100 Männer 144 immatrikulierte Frauen.

Quelle: Unesco Institute für Statistics, http://stats.uis.unesco.org/unesco/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=167

Grafik 5: Staatsausgaben für Bildung in % vom BIP



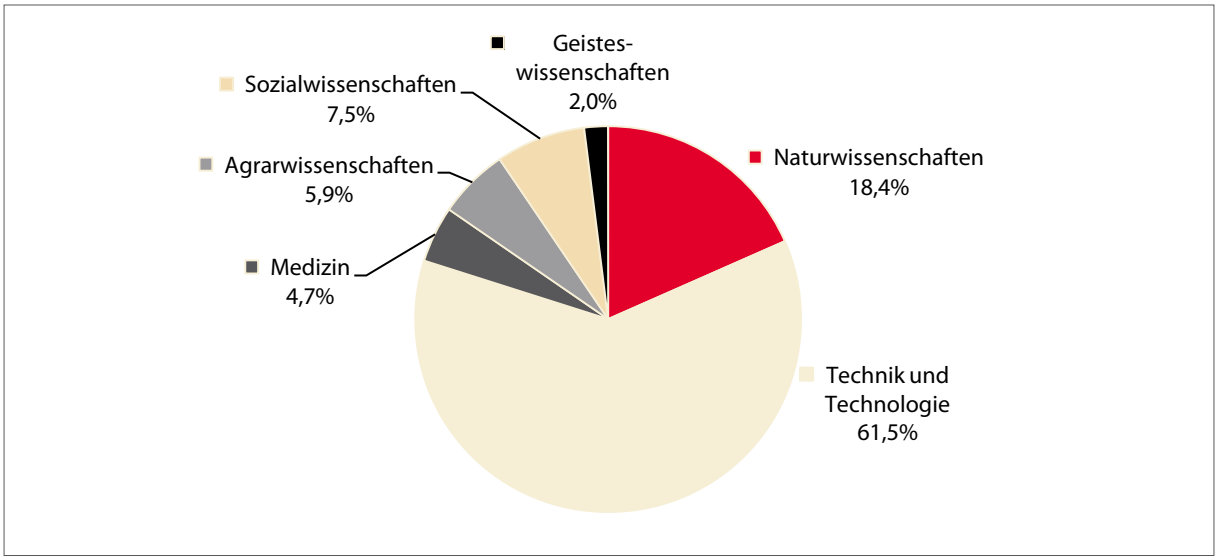
Quelle: Irina Sinitsina: The Impact of the Global Financial Crisis on Education Services in Economies of the Former Soviet Union, Case Network E-Briefs, Februar 2012, S. 1.

Tabelle 2: Forschung & Entwicklung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einrichtungen für Forschung & Entwicklung	307	299	301	295	295	322	338	340	329	446	468	501
Beschäftigte im F&E Bereich	32.926	32.119	30.711	29.981	28.750	30.222	30.544	31.294	31.473	32.441	31.712	31.194
davon Doktor der Wissenschaften (Dr. habil.)	819	831	787	783	794	780	758	744	726	739	748	744
davon Kandidat der Wissenschaften (Dr.)	3.856	3.693	3.472	3.431	3.340	3.255	3.197	3.176	3.143	3.228	3.193	3.177

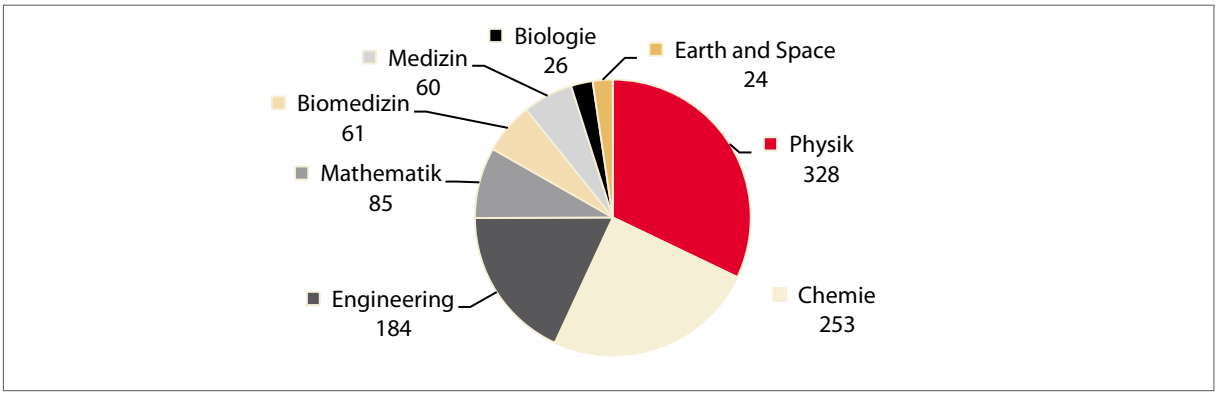
Quelle: Staatliches Statistikamt, http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/science.php

Grafik 6: Branchenverteilung der Forscher im Jahr 2009



Quelle: Dreiklang Belarus, Redaktion: Valentin Litvinov, 2011, S. 1,
http://belarus.ahk.de/fileadmin/ahk_belarus/Publikationen/DREIKLANG-Belarus.pdf

Grafik 7: Veröffentlichungen aus Belarus in Hauptbereichen der Wissenschaft, 2008



Quelle: Dreiklang Belarus, Redaktion: Valentin Litvinov, 2011, S. 5,
http://belarus.ahk.de/fileadmin/ahk_belarus/Publikationen/DREIKLANG-Belarus.pdf

Tabelle 3: Anzahl von wissenschaftlichen Mitarbeitern in den Einrichtungen republikanischer Verwaltungsorgane und in anderen Institutionen

Institution	Anzahl der Mitarbeiter		darunter:			
			Doktoren der Wissenschaften		Kandidaten der Wissenschaften	
	Personen	%	Personen	%	Personen	%
Nationale Akademie der Wissenschaften von Belarus	10.496	31,3	491	66,5	1.879	58,1
Industrie-ministerium	8.682	25,9	9	1,2	55	1,7
Staatliches Militär-Industrie-Komitee	3.757	11,2	4	0,5	64	2
Bildungs-ministerium	2.737	8,2	81	11	429	13,3
Gesundheits-ministerium	1.353	4	83	11,2	281	8,7
Ministerium für die Architektur und den Bau	989	3	16	2,2	57	1,8
Ministerium für Energetik	425	1,3	3	0,4	29	0,9
Konzern »Belnefte-chimprom«	481	1,4	4	0,5	20	0,6
Andere	4.596	13,7	48	6,5	417	12,9

Anm.: »Fast ein Drittel des Forschungspersonals und der Hauptteil der Forscher höchster Qualifikation (66,5% der Doktoren der Wissenschaften und 58,1% der Kandidaten der Wissenschaften im Jahr 2009) sind in der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus konzentriert. Die Besonderheit der belorussischen Wissenschaft ist relativ kleine ›Anwesenheit‹ von Hochschulen im Forschungspotenzial des Landes. Im System des Bildungsministeriums befinden sich nur ca. 40 Forschungseinrichtungen, in denen ca. 1700 Forscher tätig sind.«

Quelle: Dreiklang Belarus, Redaktion: Valentin Litvinov, 2011, S. 12,
http://belarus.ahk.de/fileadmin/ahk_belarus/Publikationen/DREIKLANG-Belarus.pdf

Vom 22. April bis 26. Juni 2012

22.4.2012	Stanislaw Gogacz, Abgeordneter des polnischen Parlaments wird die Einreise nach Belarus verweigert. Er wollte in Hrodna einen Sprachwettbewerb von Polen, die in Belarus leben, besuchen. Zwei Monate zuvor waren sechs Mitglieder des Komitees zur Verbindung mit den Auslandspolen beim Parlament am selben Checkpoint an der Einreise gehindert worden.
23.4.2012	Auf einem Treffen der EU-Außenminister in Luxembourg wird die Freilassung aller politischen Gefangenen in Belarus gefordert. Kurz zuvor hatte Präsident Aljaksandr Lukaschenka angekündigt, die gerade erst freigelassenen Oppositionellen Andrej Sannikau und Dsmitryj Bandarenka wieder ins Gefängnis zu bringen, wenn die EU weiterhin Druck ausübe.
25.4.2012	Gegen Wasil Parfjankow wird ein neuerliches Verfahren eingeleitet, weil er seine Bewährungsauflagen verletzt haben soll. Er war wegen seiner Beteiligung an den Protesten nach der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010 zu vier Jahren Haft verurteilt und im August 2011 begnadigt worden. Wegen seiner Teilnahme an einer Solidaritätsaktion mit politischen Gefangenen im Dezember 2011 wurde er zu 12 Tagen Haft verurteilt und stand danach unter polizeilicher Überwachung. Am 29.5. wird er zu sechs Monaten Haft verurteilt.
25.4.2012	Fast zwei Monate nach ihrer Abreise kehren einige der ausgewiesenen (Polen, EU) und abgezogenen Botschafter der EU-Länder nach Minsk zurück. Auch die belarussischen Botschafter in Warschau und Brüssel kehren an ihren Arbeitsplatz zurück.
26.4.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka sagt zu Journalisten, dass die EU die Sinnlosigkeit ihrer Sanktionen nun verstanden habe und einsehe, dass man Belarus brauche, in erster Linie in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit, um z. B. gegen illegale Einwanderung vorzugehen.
26.4.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, dass er den Bau eines zweiten Atomkraftwerkes nicht ausschließe, wenn sich ein Investor finde, der zu den gleichen Bedingungen wie Russland solch einen Bau finanziere. Dieses Projekt stehe aber derzeit nicht auf der Agenda. In verschiedenen Städten gedenkt die Opposition der Opfer der Katastrophe von Tschernobyl und demonstriert gleichzeitig gegen das geplante Atomkraftwerk. In Minsk kommen ca. 3.000 Menschen zusammen.
27.4.2012	Nach einem Treffen mit seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchamedow sagt Aljaksandr Lukaschenka, dass Turkmenistan ein verlässlicher Partner Belarus' sei.
2.5.2012	Der Stellvertretende Ministerpräsident Sjarhej Rumas erklärt, dass man keine Liste von zu privatisierenden Unternehmen aufstellen werde. Dies ist allerdings eine Forderung des Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Belarus soll auf diesem Wege 2,5 Mrd. US-Dollar allein im Jahr 2012 einnehmen.
7.5.2012	Der IWF-Vertreter in Zentral- und Osteuropa, Mark Allen, erklärt, dass ein neues IWF-Programm die Bereitschaft zu tiefgreifenden Strukturreformen von den Verantwortlichen in Belarus erfordere. Ohne dies sei eine Aufnahme von Verhandlungen nicht möglich.
8.5.2012	In seiner Jahresbotschaft an das belarussische Volk und das Parlament bekräftigt Präsident Aljaksandr Lukaschenka, dass er selbst nicht die Initiative zur Einführung eines Moratoriums der Todesstrafe ergreifen werde.
8.5.2012	Das Oberhaus des Parlaments ratifiziert das Freihandelsabkommen der GUS, das Unterhaus hatte dies bereits Mitte April getan.
8.5.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka spricht sich für das Mehrheitswahlrecht in Belarus aus, denn die Abstimmung nach Parteilisten würde der Mentalität der Bürger widersprechen.
10.5.2012	Die Verwandten des wegen angeblicher Durchführung von drei Bombenanschlägen hingerichteten Uladzislaw Kawaljow fordern von Präsident Aljaksandr Lukaschenka eine Erklärung dafür, warum ihnen die Leiche des im März 2012 Hingerichteten immer noch nicht ausgehändigt worden sei.
11.5.2012	Der im Januar 2012 zum Ersten Stellvertretenden Innenminister ernannte Ihar Schunewitsch übernimmt das Ministeramt von Anatol Kulaschow. Präsident Aljaksandr Lukaschenka hebt die Erfahrungen des neuen Ministers beim Geheimdienst als besondere Qualifikation hervor.

12.5.2012	Alena Kawalenka, die Frau des inhaftierten Sjarhej Kawalenka, erklärt, dass ihr Mann seinen Hungerstreik, den er am 2.5. beendet hatte, am 8.5. aus Protest gegen seine Inhaftierung wieder aufgenommen habe. Gleichzeitig fordere er damit die Freilassung aller politischen Gefangenen.
14.5.2012	Nach Gesprächen mit dem Präsidenten Kasachstans Nursultan Nasarbajew erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka, dass das bisherige Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar in den kommenden Jahren verdoppelt werden solle.
14.5.2012	Die Minsker Stadtverwaltung verbietet drei Demonstrationen von Gay-Aktivisten, die diese für den Tag des Kampfes gegen Homophobie am 17.5. anmelden wollten.
16.5.2012	In Minsk wird der Anführer der Autonomen Nationalbolschewisten verhaftet, weil die von ihm gegründete Organisation Gewalt gegen Personen angewandt habe.
17.5.2012	Belarus, Russland und Kasachstan gründen eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Parlaments für die voraussichtlich ab 2015 arbeitende Eurasische Union.
24.5.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, dass er seine Position bezüglich der Amnestie für politische Gefangene nicht ändern werde und zur Normalisierung des Verhältnisses zur EU konkrete Schritte von der EU erwarte.
30.5.2012	Gerichtsbeamte beschlagnahmen das Eigentum des verurteilten Leiters der NGO Wjasna (Frühling), Ales Bjaljazkij, in dessen Organisationsbüro. Im November 2011 war er wegen Steuerhinterziehung zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden.
31.5.2012	Der Direktor des Belarussischen Instituts für strategische Forschung (Vilnius), Aleksej Pikulik, wird in Minsk wegen Rowdytums verhaftet und zu fünf Tagen Haft verurteilt.
31.5.–1.6.2012	Der russische Präsident Wladimir Putin besucht auf seiner ersten Auslandsreise nach seinem Amtsantritt Minsk. Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt danach, man sei sich über die Schaffung der Eurasischen Union einig, das sei nur noch eine Frage der Zeit. Außerdem wolle man gemeinsam gegen die Einmischung des Auslandes in die Angelegenheiten einzelner Staaten des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes vorgehen.
1.6.2012	In Hrodna findet eine Demonstration gegen die Einführung der russischen Sprache in einer polnischen Schule statt. Die Polizei geht hart gegen die Demonstranten vor und nimmt 18 Menschen fest.
5.6.2012	Zu einem Treffen der EU-Botschafter werden auch der ehemalige Präsidentschaftskandidat Andrej Sannikau und einer seiner ehemaligen Wahlstabsleiter Dzmitryj Bondarenka eingeladen. Sie sprechen über die anstehenden Wahlen und die Situation der politischen Gefangenen.
6.6.2012	Freedom House veröffentlicht seinen jährlichen Bericht Transit Nations zum Zustand der Demokratie in Osteuropa und Zentralasien. Nach diesen Berechnungen ist es nur in Turkmenistan und Usbekistan noch schlechter um die Demokratie bestellt als in Belarus.
5.6.2012	Durch einen Präsidentenerlass ermöglicht Ajaksandr Lukaschenka den Bau eines belarussisch-chinesischen Industrieparks als Sonderwirtschaftszone mit Steuervergünstigungen für die kommenden 50 Jahre.
8.6.2012	Der Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft beschließt die Auszahlung der dritten Tranche des Kredits an Belarus in Höhe von 440 Mio. US-Dollar. Am 4.6.2011 war dem Land ein Kredit in Höhe von insgesamt 3 Mrd. US-Dollar genehmigt worden.
8.6.2012	Der Pressesprecher des Außenministeriums Andrej Sawinytsch erklärt, dass Sanktionen seitens der EU gegen Belarus nicht zielführend seien und die Lösung von Problemen nur behinderten. Außerdem bedaure man die Entscheidung von weiteren sieben europäischen Ländern (Albanien, Kroatien, Island, Mazedonien, Montenegro, Liechtenstein, Serbien), sich der Sanktionspolitik der EU anzuschließen.

13.6.2012	Belarus könnte den russischen Markt verlieren und sei nicht wettbewerbsfähig, wenn es nicht bald mit der Privatisierung beginne, sagt der russische Botschafter in Belarus Aleksandr Surikow. Da die belarussische Währung eine zweite Krise nicht überleben werde, müsse die Einführung einer gemeinsamen Währung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.
14.6.2012	US-Präsident Barack Obama verlängert die 2006 verhängten Sanktionen gegen Präsident Aljaksandr Lukaschenka und seine engsten Verbündeten um ein Jahr.
18.6.2012	Präsident Ajaksandr Lukaschenka erklärt, dass die nächsten Parlamentswahlen am 23.9.2012 stattfinden werden. Tags darauf erklärt die Wahlkommission, dass sich die Abgeordnetenkandidaten zwischen 15. Juli und 13. August aufstellen lassen können.
22.6.2012	Oksana Poczobut teilt mit, dass ihr Mann, Andrzej Poczobut, wegen seiner regierungskritischen Beiträge für die polnische Zeitung Gazeta Wyborcza in Hrodna verhaftet worden ist. 2011 war Poczobut wegen Verleumdung und Beleidigung Präsident Aljaksandr Lukaschenkas zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden.
22.6.2012	Nach zehnjähriger Pause nimmt die gemeinsame belarussisch-irakische Kommission für die Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft ihre Arbeit wieder auf.
25.6.2012	Belarus eröffnet eine Botschaft in Nigeria und der neue Botschafter Wjatschaslau Bjaskosty fordert die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.
25.6.2012	Bei einem Besuch beim Präsidenten des Staats- und des Ministerrates Kubas, Raúl Castro, sagt Präsident Aljaksandr Lukaschenka, dass beide Länder einig seien in dem Streben nach einer multipolaren Welt und einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung. Außerdem verurteile Belarus die Sanktionen der USA gegenüber Kuba. Im Anschluss reist Lukaschenka weiter zu Präsident Hugo Chavez nach Venezuela.
26.6.2012	Ein Kooperationsabkommen zwischen der russischen Staatsduma und der belarussischen Repräsentantenkammer zur Intensivierung der interparlamentarischen Beziehungen und zur Integration der Zollunionsstaaten wird unterschrieben. Russland und Kasachstan haben bereits ein ähnliches Abkommen unterzeichnet.

Sie können die gesamte Chronik seit 14.03.2011 auch auf http://www.laender-analysen.de/belarus/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Die Belarus-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski, Heiko Pleines, Astrid Sahm, Martin Schön
Satz: Matthias Neumann
Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
ISSN 2192-1350 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/belarus/

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

LESEHINWEIS

Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekannten Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.
- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,– € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html
- **Ältere** Ausgaben der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html

IBB
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen
Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest
Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/

Polen-Analysen
Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php

Russland-Analysen
Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest
Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/

Ukraine-Analysen
Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen
Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste
Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de